



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung  
Frau Giorgina Kazungu-Haß, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-41 10  
ministerinbuero@bm.rlp.de  
www.bm.rlp.de

14. Juni 2022

### **10. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 25. Mai 2022**

hier: TOP 6: Personalsituation im Schuljahr 2022/2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Tagesordnungspunkt 6 „Personalsituation im Schuljahr 2022/2023“ wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 25. Mai 2022 mit Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Rheinland-Pfalz steht mit Blick auf den Zustrom von Geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine in das rheinland-pfälzische Bildungssystem in diesem Jahr vor einer großen Herausforderung. Die aktuelle Zuwanderung aus der Ukraine übersteigt deutlich die Zuwanderung, die in den vergangenen Jahren – auch in 2015 und 2016 – zu verzeichnen war. Gleichzeitig wächst die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen wieder und auch andere Länder müssen steigende Bedarfe an Lehrkräften abdecken. Dies hat einen Einfluss auf die Zahl der in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehenden Lehrkräfte.

Nach aktuellen Rückmeldungen der Schulen vom 8. Juni 2022 sind in Rheinland-Pfalz seit dem 24. Februar 2022 von insgesamt 8.204 ukrainische Schülerinnen und Schüler 7.939 an öffentlichen Schulen aufgenommen worden. Es ist derzeit nicht absehbar, in welchem Umfang zu Beginn des nächsten Schuljahres zusätzliche Schüler und Schülerinnen aus der Ukraine an die Schulen kommen werden, da derzeit ein weiterer Zuzug zu verzeichnen ist, gleichzeitig Flüchtlinge aber auch wieder in die Ukraine zurückkehren.



Dennoch stellt sich das Ministerium für Bildung darauf ein, eine große Zahl zusätzlicher Schülerinnen und Schüler beschulen zu müssen und dafür werden die Weichen gestellt.

Die Landesregierung hat im Landeshaushalt 2022 rund 400 zusätzliche Stellen für den Schulbereich geschaffen. Davon 100 wegen steigender Schülerzahlen und 80 zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Ferner waren u.a. 20 für die Sprachförderung, 20 für zusätzlich Feuerwehrlehrkräfte, 20 für inklusiven Unterricht an Schwerpunktschulen sowie 18 zum Ausbau der Ganztagschule ausgewiesen.

Darüber hinaus werden mit Blick auf die zusätzlichen geflüchteten ukrainischen Schülerinnen und Schüler weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Planungen laufen bereits. Schon jetzt hat Rheinland-Pfalz mehr als 100 ukrainische Lehrkräfte eingestellt.

Um die Corona-bedingten Vertretungsbedarfe abzufedern, hat das Land zudem erhebliche Summen durch den Nachtragshaushalt 2020 (15 Millionen Euro), das Corona-Sondervermögen (10 Millionen Euro) sowie die Erhöhung der PES-Mittel (8 Millionen Euro) aufgewendet. Insgesamt wurden bisher fast 9.000 Vertretungsverträge geschlossen. Es stehen auch weiterhin Mittel zur Verfügung.

Zusammen mit freiwerdenden Stellen können nach aktuellem Stand für das Schuljahr 2022/2023 mehr als 1.300 Einstellungen auf Planstellen vorgenommen werden. Erfahrungsgemäß werden hier bis zum Schuljahresbeginn noch weitere freiwerdende Stellen hinzukommen. Außerdem stehen noch flexible Mittel zum Abschluss befristeter Verträge zur Verfügung. Dies ist eine gute Grundlage um auch im kommenden Schuljahr eine gute Unterrichtsversorgung zu erreichen, wenn die Einstellung von genügend gut ausgebildeten Lehrkräften gelingt.

Bundesweit ist bereits in den vergangenen Jahren die Gewinnung von grundständig ausgebildeten Lehrkräften für bestimmte Fächer eine Herausforderung. Dazu zählen u. a. die Fächer Physik, Musik, Bildende Kunst und berufsbezogene Fächer wie Elektrotechnik. Um dem zu begegnen, hat das Ministerium für Bildung seit vielen Jahren eine Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise den Quer- und Seiteneinstieg ergriffen und mit gezielten Informationen und Maßnahmen verstärkt für den Lehrerberuf geworben.

Ferner wurden die Möglichkeiten einer Wechselprüfung für Absolventinnen und Absolventen anderer Lehrämter mit Zweitem Staatsexamen zum Grundschullehramt ausgebaut. In den letzten beiden Schuljahren haben insg. 72 Lehrkräfte eine Wechselprüfung



erfolgreich abgeschlossen. Im GS-Bereich sind weitere 12 Lehrkräfte für die Prüfung vor den Sommerferien zugelassen.

Zur Gewinnung weiterer Lehrkräfte an Grundschulen ist es seit dem 1. Februar 2021 überdies möglich, Absolventinnen und Absolventen eines lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengangs für das Lehramt an Gymnasien im Rahmen einer zeitlich befristeten Sondermaßnahme den Wechsel in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grundschulen zu ermöglichen. Insgesamt sind 59 Lehrkräfte mit 1. Examen an Gymnasium in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grundschulen gewechselt.

Es besteht für die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion auch die Möglichkeit, Lehrkräften frühzeitig Vorabzusagen auf eine Einstellung zu machen. Zudem wurde das Einstellungsverfahren flexibilisiert, wodurch Einstellungen von Lehrkräften auf Planstellen nunmehr auch an allgemeinbildenden Schulen ganzjährig möglich sind.

Damit auch in Vertretungsfällen mehr Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wurde in den vergangenen Jahren ein Vertretungspool auf insgesamt 1.725 Stellen aufgebaut, der es ermöglicht, Lehrkräfte auf Planstellen einzustellen. Mit dem Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen (PES) wird darüber hinaus den weiterführenden Schulen und den an PES teilnehmenden Grundschulen die Möglichkeit gegeben, im Rahmen eines Budgets selbstständig Maßnahmen zur Abdeckung von kurzfristigem temporärem Vertretungsbedarf zu ergreifen.

An Grundschulen steht zur Regulierung von kurzfristigen Ausfällen ferner eine Vertretungsreserve („Feuerwehrlehrkräfte“) im Umfang von 268 Stellen zur Verfügung, die im Schuljahr 2022/2023 um weitere 20 Stellen ausgebaut werden soll.

Dank einer kontinuierlichen und vorausschauenden Ausbildungs- und Einstellungspolitik ist es Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren sehr gut gelungen, den Lehrkräftebedarf an den rheinland-pfälzischen Schulen nachhaltig sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefanie Hubig